



dem müssten die Arbeitgeberorganisationen gehört werden. Das Kollegium möge eine grundsätzliche Entscheidung erst dann fassen, wenn diese Unterlagen beschafft seien. Die Herren Stadtmag. Schneider und Schönlank erwideren, daß die Stellungnahme der Meisten auf eine Verschleppung der Angelegenheit hinauslaufe. Sie betonten erneut die Notwendigkeit der Einrichtung. Herr Vorsitzender Romberg trat dem Vorwurf der Verschleppung entgegen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider wies darauf hin, daß die Einrichtung des Kaufmanns- und Gewerbegerichts von den beiden städtischen Kollegien schon längst beschlossen worden sei. Es handle sich diesmal nur darum, daß das Kollegium sich grundsätzlich damit einverstanden erkläre, daß die Einrichtung auch auf andere Orte des Bezirks ausgedehnt werde. Eine solche Entscheidung sei notwendig, damit der Rat die Möglichkeit erhalte, mit den Gemeindefürsorge-Verhandlungen über die Einrichtung eines gemeinsamen Kaufmanns- und Gewerbegerichts einzutreten. Die endgültige Entscheidung bleibe dem Kollegium vorbehalten. Das Kollegium stimmte hierauf dem Ratsbeschlusse zu. Die Meiste wünschte, daß trotzdem die von Herrn Vorsitzender Romberg erwähnten Unterlagen beschafft würden. Die Räte erklärten, daß sie auf die Unterlagen keinen Wert legen, da die Notwendigkeit der Einrichtung für sie außer Zweifel stehe.

2. Das Bezirksschulamt hat für den Punkt 3, Abs. 2 des 4. Nachtrages zur Ortschulordnung (Kindergarten betr.) eine geringfügige Veränderung in Vorschlag gebracht, der vom Kollegium genehmigt wurde.

3. Verpachtung des früheren Exerzierplatzes Gohlis. Nachdem von der Reichsvermögensstelle der Pachtvertrag für den 1. Oktober 1921 gekündigt worden ist, haben die Pächter der auf dem Exerzierplatz angelegten Schrebergärten sich an den Rat mit der Bitte gewandt, ihnen das Land auch fernerhin zu überlassen. Der Rat hat beschlossen, dieser Bitte zu entsprechen. Das Land soll an den Gartenbauverein, der sich aus den dortigen Schrebergärtnern gebildet hat, für die nächsten 5 Jahre zum Preise von 5 Wfg. für den Quadratmeter verpachtet werden. Der Verein hat streng darauf zu achten, daß die Anpflanzung zu den Gärten nicht durch den Stadtpark genommen wird. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß in den Vertrag noch weitere Bestimmungen aufgenommen werden müssen, vor allem auch eine solche über die Zahlungsbedingungen. Herr Stadtmag. Kaden trat dafür ein, daß die Gärten, die jetzt schon Land gepachtet haben, dieses behalten können auch wenn sie nicht Mitglieder des Gartenbauvereins sind. Herr Stadtmag. Schönlank war der Meinung, daß Pächter, die drei und vier Pflanzstellen inne hätten, gehalten sein müssten, Land abzugeben, damit andere auch einen Garten erzielten. Herr Stadtmag. Romberg hat, das Feld am Weinplatz dem bisherigen Pächter zu belassen. Der Ratsbeschlusse wurde hierauf angenommen.

4. Erhöhung der Unterstützungssätze an Erwerbslose. Das Kollegium hatte in einer seiner letzten Sitzungen beschlossen, die Unterstützungssätze für Erwerbslose ab 1. September d. J. zu erhöhen. Inzwischen ist eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums erschienen, die für die Zeit vom September d. J. bis 31. März n. J. eine abermalige Erhöhung der Unterstützungssätze gestattet. Diese Erhöhung ist als Winterbeihilfe gedacht. Der Rat hat beschlossen, diese neue Erhöhung der Unterstützungssätze vorzunehmen, dagegen hat er dem Vorschlage des Erwerbslosenfürsorgeausschusses, den Mitgliedern des Arbeitslosenrates für ihre Tätigkeit eine wöchentliche Entschädigung von 10 Wfg. zu gewähren, abgelehnt und beschlossen, vorerst eine Umfrage bei anderen Gemeinden zu veranstalten, wie dort die Frage geregelt ist. Das Kollegium trat dem Ratsbeschlusse bei.

5. Unterstützung der Arbeitsinvaliden usw. Verantwortlich hatten die städtischen Kollegien zur Minderung der Not der Arbeitsinvaliden, Rentempfänger usw. ein Berechnungsamt von 20000 Wfg. bewilligt. In einer neuen Eingabe an den Rat haben die Arbeitsinvaliden zum Ausdruck gebracht, daß sie es nicht verstehen könnten, daß die Gewährung einer einmaligen Beihilfe neben der laufenden Unterstützung abgelehnt worden sei. Sie verlangen ferner, daß die Unterstützung nicht durch das Armenamt, sondern durch ein Fürsorge- oder Wohlfahrtsamt geregelt werde. Der Rat hat beschlossen, die einmalige Beihilfe nach wie vor abzulehnen und die Antragsteller dahin zu belehren, daß die Unterstützung nicht aus der Armenkasse gewährt werde, sondern aus bereitgestellten städtischen Mitteln und daß der Armenauschuss lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen mit der Erledigung des Antrages beauftragt worden sei. Im übrigen könne der Rat zurzeit keine Entscheidung wegen Umänderung des Armenwesens nicht fassen, da er abgewartet werden müsse, was das Reich bzw. der Staat in dieser Angelegenheit unternehmen würden. Das Kollegium trat dem Ratsbeschlusse bei.

6. Erhöhung der Gebühren für die Heimbürginnen. Die hiesigen Heimbürginnen haben um eine Erhöhung der Gebühren und um eine Beihilfe aus städtischen Mitteln dergestalt gebeten, daß ihr monatliches

Einkommen 500 Wfg. beträgt. Der Rat ist auf diese Bitte nicht eingegangen, sondern hat lediglich beschlossen, die Gebührensätze zu erhöhen. Diese sollen betragen bei Todesfällen Erwerbsloser 18 Wfg., bei Kindern im Alter von 2 bis 14 Jahren 14,50 Wfg., bei Kindern im Alter bis 2 Jahren 9,50 Wfg. und bei Armenbesitzenden 4 Wfg. Für die Befreiung der Sargausstattung sollen die eine Hälfte von 20 Prozent berechnet werden. Frau Stadtmag. Schönlank empfahl eine andere Einteilung der Bezirke, da diese nicht gleich groß seien und dadurch die eine der Heimbürginnen schlechter gestellt sei als die andere. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß diese Frage schon oft erörtert worden sei, aber nochmals geprüft werden sollte. Die neuen Gebührensätze seien so, daß unsere Stadt, die Heimbürginnen jedenfalls mit am besten behalte. Das Kollegium stimmte der Erhöhung der Gebühren zu.

7. Bauische Veränderungen im Verwaltungsgelände der Gasanstalt. Die Kälterverhältnisse im Verwaltungsgelände der Gasanstalt sind bisher sehr beengt und unzureichend gewesen. Insbesondere ist das Fehlen eines Verkehrsraumes als Mangelbestand empfunden worden. Nachdem nunmehr der Direktor andere Wohnräume erhalten und die Wohnung im Verwaltungsgelände der Gasanstalt bezogen hat, sind einige Räume für Bürozwecke freigegeben. Die notwendigen baulichen Veränderungen erfordern einen Kostenaufwand von 3000 Wfg. Das Kollegium stimmte der Vorlage zu.

8. Den Reparaturarbeiten im Verkehrsbereich des Rittgutes und der Bewässerung von 14000 Wfg. hierzu wurde genehmigt, ebenso

9. der Begründung einer eigenen Feuerversicherung für die Rittgüterökonomie. Es sollen zu diesem Zwecke für dieses und die beiden folgenden Jahre je 20000 Wfg., alljährlich 10000 Wfg. angewendet werden.

10. Der vorliegende Entwurf einer Feuerlöschordnung wurde angenommen. Herr Stadtmag. Kaden machte darauf aufmerksam, daß nach § 10 die Bestimmung der Lehrer vom Pflichtfeuerwehrenden aufgehoben sei. Er stellte die Anfrage, ob dies im Einverständnis mit dem Bezirksschulamt gelte. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, daß nicht nur die Lehrer, sondern auch die Beamten des Amtsgerichts, der Post, der Stadt und die Geistlichen früher vom Pflichtfeuerwehrenden befreit gewesen seien, nach der neuen Feuerlöschordnung aber nicht mehr. Die Veränderung habe der Feuerlöschausschuss getroffen. Er sei der Meinung gewesen, daß, wenn während der Dienststunden Feuer ausbräche, die Beamten selbstverständlich vom Pflichtfeuerwehrenden befreit seien. Bräche aber Feuer aus, wenn die Beamten keinen Dienst hätten, dann liege kein Grund vor, sie von ihrer Bürgerpflicht zu befreien.

11. Ernennungswahlen für die gemischten Ausschüsse. Das Kollegium erklärte sich damit einverstanden, daß das neue Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums Herr Weinhold in die Ausschüsse eintritt, denen Herr Fiedler angehört hat.

12. Mitteilungen. Von der Kreisbauernschaft, Abteilung Landespolizei, ist das Kollegium eingeladen worden, der am kommenden Freitag stattfindenden Versammlung der hiesigen Landespolizei beizuwohnen. Das Kollegium nahm von der Einladung Kenntnis.

13. Verschiedenes. Herr Stadtmag. Baumgärtel macht darauf aufmerksam, daß das Veterinärwesen in der Zeitbahn außer Betrieb gestellt wird. Es sei wünschenswert, daß diese Räume zu Wohnzwecken verwendet werden und der Rat der Angelegenheit Beachtung schenke. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß diese Frage im Bezirksauschuss besprochen worden sei. Es sei beabsichtigt, einen Zweckverband zu bilden, der die Sache in die Hand nehme. Die Interessen der Stadt würden gewahrt werden. Die Frage werde sich so bald aber nicht regeln lassen, da das Reichsarbeitsamt und das Reichsschlagministerium beabsichtigen, die freierwerbenden Lazarette vor allem wieder Heilmittel anzuwenden. Die Beteiligung der Stadt an einer Wohnungsbauverwaltung in Zeitbahn werde übrigens auch mit manchen Hindernissen und Schwierigkeiten zu rechnen haben. Herr Stadtmag. Schönlank teilt die Aufmerksamkeiten darauf, daß vorige Woche in Klein ein Unfall der „Orgelei“ angefallen worden sei. Veröffentlichungen dieser Organisation seien in Sachen verboten. Es sei notwendig, daß hinsichtlich der Polizeibehörde besser darauf achtet, daß diese Verordnung eingehalten werde. Herr Stadtmag. Kaden erklärte, daß ihm von einem Unfall der „Orgelei“ nichts bekannt sei. Er weist aber darauf hin, daß bei der letzten Wahl die Häuser, Räume und Verbringungen mit Wägen in einer Weise besetzt worden seien, die man nicht schön nennen könne. Das könne nicht dazu beitragen, das Wohlstand zur Ordnung anzukommen. Auch gegen solchen Ungehörigkeit solle die Polizei auf dem Wachen sein. Herr Stadtmag. Romberg erklärte, daß die Polizei auf eine schnellere Beseitigung der „Orgelei“-Wägelte Bedacht sein müsse. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß sofort Anweisung gegeben worden

sei, die Wägelte zu beseitigen. Er verwahrt sich dagegen, daß die Polizei eine Verordnung nicht eingehalten habe. Das Ansehen der Wägelte sei nicht so wichtig und sei da schwer zu verhindern. Im höchsten Grade vermerkt sei die Belästigung der Stadt durch das Ansehen der Wägelte. Schluß der Sitzung 7,8 Uhr.

— Ermittelter Einbrecher. Nach umfangreichen Erörterungen ist es der Kriminalpolizei gelungen, den verletzten Einbrecher, der in der Nacht zum 2. Oktober d. J. in Gemeinschaft mit zwei anderen Männern in dem Kontor der Neuen Teutisch-Böhmischen Eisbahn-Gesellschaft durch Erbrechen des Geldschrankes einen großen Geldbetrag raubte, in Berlin zu ermitteln und festzunehmen. Bezüglich der beiden anderen Täter sind noch weitere Erörterungen im Gange. Man hofft, daß diese Nachforschungen auch den Einbruch bei der Vereinigten Eisbahn-Gesellschaft ausfindig machen, da zu vermuten ist, daß der Bestatommene und seine beiden Helfer auch diesen Einbruch verübt haben.

— Vorsicht vor einem Erdmännchen. In den letzten Tagen hat ein Unbekannter versucht, sich durch Abforderung von Feuer- und Lebensversicherungs-policen Nachzahlungen auf angeblich wesentlich erhöhte Prämienätze zu erschwindeln. Er ist 1,70 m groß, trägt grauen umgearbeiteten Militäranzug, schwarzes Haar und grauen Hut. Es kann nicht genug vor solchen Schwindlern gewarnt werden; unbedingt nötig ist es immer, sich Ausweispapiere mit möglichst bestmöglicher beglaubigtem Nachbild vorlegen zu lassen.

— Dem gehört der Wein? Am Sonntagabend wurden von der hiesigen Bahnhofslegendarmerie zwei Männer verhaftet, die eine größere Korbflosche (nach Art der Petroleumkorbfloschen) und eine Gießkanne trugen. In den Anlagen an der Elbbrücke warfen die Verhafteten Flasche und Gießkanne fort und ergrieffen die Flucht. In der Korbflosche befanden sich etwa 40-50 Liter Wein, auch die Gießkanne war mit Wein gefüllt. Da angenommen werden muß, daß es sich hier um einen Diebstahl handelt, wird gebeten, sachdienliche Wahrnehmungen der Polizei zu melden. In die Korbflosche sind die Buchstaben H. J. eingegraben.

— Vipsinski verzichtet auf sein Mandat. Der Buchhändler Richard Vipsinski hat, wie wir hören, auf die Annahme des Mandats im Sächsischen Landtage verzichtet. Der nächste auf der Liste der linke. Sozialistischen Partei (rechts) ist der Zigarrenfabrikant H. Barthel aus Lunsjungen.

— Demokratische Stellungnahme zur Regierungsbildung in Sachsen. Der Kreisverband der Deutschen Demokratischen Partei des 3. sächsischen Wahlkreises Chemnitz-Bautzen hat in seiner letzten Sitzung folgende Entscheidung einstimmig angenommen: „Werte Schicksal des sächsischen Volkes haben für die Aufgaben und das Wirken der Deutschen Demokratischen Partei, als einer Partei des sozialen Ausgleichs, der Überbrückung der Klassenunterschiede, kein Verständnis gezeigt. Die Forderungen der Klassenpartei, kein Verständnis gezeigt. Die Forderungen der Klassenpartei, kein Verständnis gezeigt. Die Forderungen der Klassenpartei, kein Verständnis gezeigt.“

— Die Regierungsbildung in Sachsen. Die „Dresdner Volkszeitung“ beschäftigt sich in längerem Ausführungen mit dem vom Landesvorstand der U. S. P. aufgestellten Richtlinien und dem Mindestprogramm für den Fall einer Beteiligung an der Regierungsbildung. Das Blatt der Reichsdeutschen Sozialisten vertritt eine klare Stellungnahme zur U. S. P. zur Frage Demokratie oder Räterepublik, sowie zur Frage der Mitbeteiligung der Demokraten, ohne die nach Lage der Dinge eine Regierung der Linken schwerlich zu Stande kommen dürfte. Das Mindestprogramm des unabhängigen Landesvorstandes dürfte nach Ansicht der „Dresdner Volkszeitung“ kaum ein Hindernis für ein Zusammengehen der sozialistischen Parteien bilden. Einige Forderungen seien bereits verwirklicht, oder in der Verwirklichung begriffen, andere unangenehm ausgeführt. Gegenüber dem Streben der bisherigen Regierung gewesen. Ueber andere Forderungen würde sich erden lassen. Jedenfalls würde das Mindestprogramm den U. S. P. eine Grundlage für Verhandlungen zwischen den beiden sozialistischen Parteien bilden können.

— Die Handelskammer fordert eine bessere Wagenstellung. Das Reichsverkehrsministerium wurde von der Handelskammer Dresden dringend darum gebeten, für eine bessere Wagenstellung in Sach-

## Schuld und Sühne.

Original-Noman von Erich Schein.  
45. Fortsetzung.

Robert Hardy sah in einem bequemen Gartenstuhl unter den Hängelbäumen im Wollershäuser Park und blickte vertäuml auf den Teich, der sich im Goldglanz der Abendsonne wie ein leuchtender Spiegel vor ihm ausbreitete.

Zeit acht Tagen war er hier zur Erholung, denn die Gefangenschaft hatte ihn doch seher mitgenommen als er für möglich gehalten. Bestig fiebernd verließ er damals vor drei Wochen das bühner Haus, wo er nur wenig Hoffnung gehabt, als freier Mann herauszukommen. Man mußte ihn direkt aus der Hölle fort in ein Krankenhaus bringen, wo die Ärzte Herzbeutelentzündung feststellten.

Er erhobte sich dann war rasch, aber „ein paar Jahre lang werden Sie die Geschäfte am Herzen immer noch führen“, meinte der Arzt. „Ich glaube nicht, daß man Sie noch für freigelegt erklären wird.“

In der Tat lautete der Bescheid des Regimentsarztes, nachdem er Hardy gründlich untersucht hatte, als „Frontblindenuntauglich, höchstens für die Kasernen verwendbar, aber auch das nicht vor dem 1. Dezember.“

In Wollershäusern waren sie glücklich über diesen Bescheid. Hardy selbst empfand ihn peinlich. Und heute sprach er es zum erstenmal aus. „Ein Staatskrüppel in meinen Jahren, und wo ich früher stark und gesund wie ein Bär war! Man muß sich ja schämen!“

„Und an mich denkst du gar nicht?“ sagte Vera sarkastisch. „Dah ich doch so glücklich darüber bin, dich nun in meiner Nähe behalten zu dürfen, und nicht beständig um dich zittern zu müssen!“

Da zog er besinnlich und gerührt ihre Hand an die Lippen.

„Vergelt, mein guter Engel!“

Nun war sie für einen Augenblick ins Haus gegangen. Er aber dachte, allein geblieben, nur an sie.

Ja! Sie war sein guter Engel geworden seit dem ersten Tag, an dem er sie erblickt hatte. Wenn er an die alte Zeit dachte, wo er geglaubt hatte, sie frei geben, und auf immer auf sie verzichten zu müssen, damit ihr reiner Name nicht in die schändliche Angelegenheit hineingezogen würde, deren trauriger Held er durch eine Reihe von Um-

ränden geworden war, legte sich heute noch ein dumpfes, atemraubendes Anschwellen auf seine Brust.

Sie nie wiedersehen — ohne sie leben zu müssen! Nachteilig hatte er sich in wahnsinnigem Schmerz gewunden bei dem Gedanken.

Und doch konnte es nicht anders sein. Der Schmerz wäre noch viel wilder geworden bei der Vorstellung, man könnte mit Fingern nach ihr weisen: „Das ist die Braut Dr. Hardys, der als Mörder im Gefängnis ist!“

Tarum hätten ihm alle Fokiera der Welt nicht ihren Namen entziehen, so sehr der Untersuchungsrichter sich auch Wähe gab, ihn zu erklären.

Über sie? Was hatte sie zur selben Zeit getan? Sie war hingegangen zu einem wildwüchenden Menschen, hatte sich stöß als seine Braut bekannt und ihn angeheilt, den Geliebten zu retten. Dieser um Opfer brachte sie. Rämpfte wie eine Köchin gegen die eigenen geliebten Eltern, war tagaus, tagein nur mit dem einen Gedanken beschäftigt, den wahren Mörder zu finden, und ihm selbst dadurch Ehre und Freiheit wiederzugeben. Selbst als ihr christliche Natur sich sträubte, das Vertrauen einer andern zu täuschen, hatte sie sich dieses Opfer um feinetwillen abgerungen.

Und von all dem würde er nicht einmal etwas erfahren haben, wenn Tante Renate und Herr Hempel es ihm nicht erzählt hätten.

Als es dann so weit war, daß man Runze in Amsterdamm verhaftete, und Hempel es Vera telegraphierte, ging sie sofort zu Dr. Wasmut.

„Sie haben immer Dr. Hardys Braut kennen lernen wollen, Herr Untersuchungsrichter“, sagte sie, den Schieber zurückschlagend, und ihn freimütig aus ihren wunderwachen Augen anblickend. „Nun wohl, ich bin es, Vera von Troil, und ich komme zu Ihnen mit einer Bitte!“

Wasmut war so verblüfft, daß er ganz vergaß, ihr Platz anzubieten und nur verwirrt stammelte: „Eine Bitte, angedigtes Fräulein?“

Ja. Ich nehme an, daß Sie bereits wissen, wer den Nord an Frau Wildenroth-Runze begangen hat, und Hardy daher aus der Haft entlassen.“

„Gewiß! Seine Entlassung ist bereits angeordnet, und ich wollte eben Anträge geben, Dr. Hardy zu mir zu bitten, um es ihm mitzuteilen.“ beizte sich Wasmut zu versichern.

„Dann seien Sie großmütig, und lassen Sie mich die Heberbringerin Meier Bottschaft sein!“

Mit Vergnügen, angedigtes Fräulein, wenn Sie es wünschen! Gleichzeitig lassen Sie mich Ihnen aufrichtig Glück wünschen zu der glücklichen Lösung dieser Angelegenheit, die mir viel Sorgen machte. Sie werden ja begreifen, daß es doppelt schwer ist, seines Amtes zu walten, wo es sich sozusagen um einen Kollegen handelt.“

„Selbstverständlich begreife ich es!“ lächelte Vera feinst. „Um so schöner, wenn es einem dann gerade da gelingt, der Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen!“

Diese Unterredung hatte Vera selbst ihm später wiederholt ausführlich geschildert und jedesmal lächelnd hinzugefügt: „Ich war so froh, daß ich ihm den kleinen Stich zuletzt versetzen konnte! Denn er hat ihn gefühlt, daß das ich in seinem Gesicht!“

Dann kam sie zu ihm in die Zelle — wie ein Engel des Lichtes trat sie über die Schwelle. Und er — krank, fiebernd, schrie laut auf und stürzte ihr zu Füßen, und meinte wie ein kleiner Knabe —

Vera aber wurde ganz blaß, denn damals hatte sie wohl ihre größte Kraft nötig. In so bedrohlich, hilflos und krank wiederzufinden — darauf war sie nicht vorbereitet gewesen —

„Alles das sagst du wieder durch Hardys Seele, während er in das goldrote Abendgelichte ringsum starrte. Da legten sich plötzlich zwei weiche, warme Hände von rührend um seinen Kopf.“

„Woran denkst du, lieber, daß du mich nicht einmal kommen hörtest?“

„An dich!“

„Ach, dann ist's ja gut! Ich fürchtete schon, du gräbelst wieder bösen Träumen nach, die ich dir zu vergehen beschal!“

„Dann ich denn an dich denken und vergessen, was ich dir danke? Wenn du nicht zu Hempel gegangen wärest — o Vera, wie stünde es dann heute um mich?“

„Still, still! Ich sehe schon, ich muß dir etwas anderes zu denken geben, als nur immer das! Und ich habe auch schon etwas —! Was auf, darüber wollen wir nun reden!“

Sie zog sich einen Stuhl dicht an den seinen heran, und legte den Kopf an seine Schulter.

„Hör mich erst, Bertie! Dann sollst du meinen Plan hören und darüber entscheiden!“

Fortsetzung folgt.



## Vereinsnachrichten

**Gewerbeverein.** Donnerstag, 25. d. M., abends 8 Uhr im Hotel Köpfer (Vereinszimmer) Lichtbildvortrag von Herrn Alfred Winter, hier, über Heimatbuch und Schutz unserer Heimat. Hierzu werden die Mitglieder nebst Angehörigen eingeladen und um zahlreichen Besuch gebeten. Gäste willkommen.

**M. S. C. 1910.** Donnerstag, 24. 11., abends 7,30 Uhr Spielersammler im Karpfen.

**M. S. C.** Donnerstag 8 Uhr Vereinszimmer Wettiner Hof Vortrag über Wechselrecht: Herr Oberlehrer Lehmann. Pünktlich und vollständig erscheinen!

**M. S. C. Gröba.** Mittwoch, den 24., 8 Uhr gefelliges Beisammensein im Vereinslokal.

## Berein für Volksbildung und Kunstpflege. 3 Ludwig-Richter-Abende

mit Lichtbildvorträgen u. musikal. Darbietungen.

In Riesa am Sonntag, d. 28. Nov., 5 Uhr in der Oberrealschule. Karten 1.50 M., gegen Gutschein 0.75 M., nur an der Kasse.

In Riesa am Montag, d. 29. Nov., 7,30 Uhr in Fahrmanns Gasthof. Karten 1.50 M., in der Konsumvereinsverkaufsstelle.

In Riesa am Mittwoch, d. 1. Dezbr., 7,30 Uhr im Waldschlößchen. Karten 1.50 M., in der Konsumvereinsverkaufsstelle und bei Lamm.

Für Riesa u. Riesa a. d. Abendkasse Ausschlag.

## Bezirks-Konsum- und Sparverein „Volkswohl“ Riesa u. Umgegend.

Auszahlung der Rückvergütung 1920 findet an folgenden Tagen statt:

**Großenhain:** Sonntag, den 28. Nov., vormittags von 9-12 Uhr in der Verkaufsstelle;

**Riesa:** Dienstag, den 30. Nov., vormittags von 9-11 Uhr bis Nr. 2000 und von 12-1 Uhr bis 1 Uhr in der Verkaufsstelle;

**Rödera:** Freitag, den 3. Dezember, vormittags von 11 bis nachm. 2 Uhr in der Verkaufsstelle;

**Riesa:** Sonntag, den 5. Dezember, vormittags von 11 bis nachm. 2 Uhr bis Nr. 3500 und von 2-4 Uhr bis 1 Uhr im Kontor Goethestr. 7;

**Gröba:** Sonntag, den 5. Dezember, vormittags von 11-1 Uhr bis Nr. 3500 u. nachm. von 1-4 Uhr bis 1 Uhr in der Verkaufsstelle Oststraße;

**Merschwitz:** Freitag, den 10. Dezember, von vormittags 9-1 Uhr im Gasthof dalehlt;

**Gröbzig:** Sonntag, den 12. Dezember, vormittags von 9-12 Uhr in Wends Gasthof.

Die Auszahlung erfolgt nur gegen Abgabe der Markenbescheinigung. Wir bitten, kleines Geld mitzubringen. Geschäftsanteile können nur im Kontor ab 20. Dezbr. gegen Rückgabe des Mitgliedsbuchs und der Karte vom Bericht ausgehändigt werden.

### Zur besonderen Kenntnis.

Die Rückvergütung wird den Mitgliedern aufgespart, bis der Anteil 60 Mark erreicht hat (siehe Statut S. 42). Einzahlungen werden im Kontor, sowie in allen Verkaufsstellen entgegengenommen. Es müssen alle Bücher abgeholt werden. **Der Vorstand.**

## Riesa, Köpfer's Saal.

Mittwoch, den 1. Dezember, abends 7,30 Uhr Operetten-Gaßspiel des Meißner Stadttheaters. Zum zweiten und letzten Mal:

## Der letzte Walzer

Operette in 3 Akten von Oskar Straus. Vorverkauf durch R. Abendroth (Tel. 138) und G. Wittig (Tel. 445). — An der Abendkasse Ausschlag. — Volles Orchester. Nur diese Wiederholung. Volles Orchester.

## Gasthof „Stadt Riesa“, Poppitz

Donnerstag, den 24. November, von 7 Uhr ab Katerhummel mit Tanz-Kränzchen vom Gesangsverein „Froh Lied“ wozu freundschaftlich einladet **der Vorstand.**

## Vortragsabend

der Gesang- und Klavierschüler Annamaria Land am Sonntag, den 28. November 1920 nachm. punkt 7,30 Uhr im Saale d. Golderrasse Eintritt gegen Entnahme eines Programms.

## Walhalla Sageritz Nur 1 Tag!

Nur Freitag, den 26. Nov., Sensationsprogramm „Der Holschmied“ und „Der weinende Dieb“. Rezitation. — Gute Musik. — Saal geheizt.

Für die Schmückung des Grabes unseres Sohnes Alfred am Totensonntag sagen hiermit der Schulklasse 3a und dem Herrn Lehrer **herzlichsten Dank.** Familie Volz, Riesa.

## Dampfbad Riesa

Als passende **Weihnachts-Geschenke** empfehlen in prima Qualität **Franz & Emil Müller** **Merzdorf, Fernspr. Riesa 506 Riesa, Kaiser-Wilhelm-Platz, Fernspr. 731.**



**Kohlenkästen  
Putzkästen  
Gardinenleisten  
Handtuchhalter  
Bäckerei-Geräte  
Kuchenbretter  
Salz- u. Wehlmösten  
Butterformen  
Servierbretter  
Quirgarnituren**  
**G. Mübiger, Goethestr. 41**  
(neb. fröh. d. Grube, Grünw.)

## Korsetts nach Mass

aus la Korsettstoffen, sowie bei Zugabe der Stoffe fertigen an **Schönfelder & Co., Maßkorsettfabrik Nossen.**  
Annahmestelle: Frau Zbiele, Riesa, Goethestr. 7, II.

## Zur Aufklärung. Emaillit! Emaillit!

D. R. W. B. Nr. 97201.  
Was ist das? Das ist ein Farbenanstrich und vollständiger Emaillit-Ersatz, den ich sowohl zu Gartenmöbeln, als auch zum Anstrich von jeder Art Holzwerkstoffen an feuchten Wänden, zum Schutz von Eisen, Holz, Mauerwerk, Beton, Kalkputz und allem, was irgend einen Anstrich erfordert, als bestes und von Behörden bis jetzt anerkanntestes Anstrichmittel zum Schutz von rost- und säureerregenden Substanzen verwenden konnte.

Erst muß man die Sache sehen, dann handeln, dann ein bindendes Urteil fällen und dann die bedeutend billigeren Preise berücksichtigen gegenüber von Firnisfarben usw. und man hat endlich gefunden, was man schon so lange sucht, das praktikabelste und sauberste Anstrichmittel der Gegenwart: „Emaillit“ in allen Farben.

Alles andere nur durch den Vertreter: **Oskar Geyer, Fachdekorateur — Riesa — Fernsprecher 100. Pöppitzer Straße 31.**

## Schwerhörige

überzeugen sich von der enormen Hilfe, die der neue elektrische Hörapparat „Acutus“ gewährt und sind über die Wirkung begeistert. Unverbindliche Vorführung und Probe Freitag, den 26. November 1920 nachm. 3,30-5,30 Uhr im Hotel Wettiner Hof in Riesa. Vertreter **Carl Wünsch, Burgstr. 41.** Hörapparate-Vertrieb Berlin.

## Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, Bezirk Großenhain.

**Herzlichen Dank** allen denjenigen, die uns in unserem Bestreben, eine Gedenkfeier der Gefallenen im Weltkrieg abzuhalten, unterstützt haben. Dank der Reichsvereinskasse des Tr. M. Zeitbain für die Schenkung des Heldenriedhofes. Ebenso Dank der Abordnung des Reichsbundes, dem Turnverein Zeitbain und dem Militärverein Jatoththal für ihre zahlreiche Beteiligung. **Der Bezirksvorstand.** J. A. B. Zbiele.

## Dank und Bitte der Bez.-Pflegerin.

Auf meine Bitte um Sachen oder Geld für notleidende Kinder sind eingegangen: 125,50 M. und 6 M. neue Pantoffeln. Hiermit danke ich den freundl. Spendern herzlich; aber das Ergebnis der Sammlung ist doch gar zu gering, und ich bitte diejenigen, welche die Aufforderung nicht gelesen oder wieder vergessen hatten, mir doch jetzt noch etwas zu schicken. Schwester **Elisabeth Weg** Rathaus, Zimmer Nr. 10.

Statt Karten.

Die Verlobung unserer Kinder <b>Käthe und Karl</b> beehren wir uns anzuzeigen. <b>Max Müblius und Frau</b> geb. Kaul. <b>Guido Zschoche.</b> Heyda, Post Frausitz.	Seine Verlobung mit Fräulein <b>Käthe Müblius</b> beehrt sich anzuzeigen. <b>Karl Zschoche,</b> Gutbesitzer. Rauba, den 25. November 1920.
---	--

## Zur Massage

empfehlen sich Herrn. Tittel und Frau, Bismarckstr. 11, 2.

**Bestimmungsberechtigte Obersteleher** meldet Euch im Auskunfts-Kontor bei Paul Seifert, Goldhandlung, a. Schlachthof.

## Drell-Jacken 31.50

Drell-Röcke 34.—  
Drell-Hosen 22.—  
Unterhosen 25.50  
auf Beugelstein abzugeben **Paul Suchantke** Wettinerstr. 11.

## Klavierstimmer

und Reparatur für Flügel und Pianos ist in Riesa anwesend. Offerten an Herrn Musiklehrer Martin Koch, Friedrich-Aug.-Straße 3, erbeten.

## Weihnachtsstisch:

**Serie 1:** 50 Zigaretten 50 Zigaretten 1 Packchen Schag od. Rauchtabak M. 40.—  
**Serie 2:** daselbe M. 50.—  
**Serie 3:** daselbe M. 60.—  
**Serie 4:** daselbe M. 75.—  
sowie jede gewünschte Zulammenstellung!

**Tabak-Kühler, Riesa.** Kalk-Wilb.-Platz 2a, Tel. 550.  
Alleinverkauf des echten **Reger-Rauchtabaks M. 1.80.** Rauchtabak M. 1.75 50p. Wb. Wiederverkäufer Rabatt!

## Winterulster

Winterüberzieher Winterjoppen Knabenmäntel Knabenpyjaks Knabenjoppen größte Auswahl bei **Franz Heinze** Hauptstr. 28.

## Weißstückerl, Birkenbelen, Rohkohl

markenfrei verkauft **Missbach, Glaubitz.** **Liefernschnittmaterial für Tischler** Baumstängel, Baumriegel Baumstämme, Brennholz, Kleinstückchen offeriert preiswert ab Lager Gröba, Spinnereistraße **Hans Ludwig.**

## Heu

sucht zu kaufen **Speicher- und Expositions-Aktiengesellschaft.**

## Gandwagen

(sehr toll), von 1-8 Rte. Tragfähigkeit hält vorzüglich und empfiehlt billigt **Stelmacherer Gröba** Streiberer Straße 9a.

## Herren-, Burschen-, Kinder-Anzüge

**Herren-, Burschen-, Kinder-Ulster**  
**Herren-, Burschen-, Kinder-Joppen**  
**Herren-, Burschen-, Kinder-Hosen**  
in großer Auswahl **Paul Suchantke** Wettinerstr. 11.



**Wäschebäder** Wäschebäder **P. Taupitz** Wäschebäder

## Großer Posten Nähmaschinen

Lang-, Schwing- und Rundschiffchen, bestes Fabrikat. **Ersatzteile** für sämtliche Fabrikate, sowie **Nadeln, Nähmaschinen-Oel,** prima weiße Ware, Nähmaschinenreparatur.

## Franz & Emil Müller

Maschinenhandlung Merzdorf, Fernspr. Riesa 506 Riesa, R.-W.-Pl., Fernspr. 731.

## Alle Tage frische Seefische lebende Karpfen lebende Schleie.

**Clemens Bürger.**

## Goldbacher Delikatessen

in Riesa zu 4 Pfund, bei Abnahme von mindestens 5 Pfund zu M. 32.—, versendet per Nachnahme **Wilhelm Oetzig, Chemnitz** Schillerstr. 1. Fernspr. 4021.

## Knoblauchwurst

Bund 12 Mark, Brühwürstchen Paar 1.50 Mark, empfiehlt **Julius Göbe,** Bismarckstraße.

## ff. Brat-heringe

Heute ist wieder ein großer Vollen Brat-heringe eingetroffen u. empfiehlt billigt **H. Gruhle** Bismarckstr. 35a, Telef. 652.

## Daums Tanzstunde

findet nächsten Donnerstag im Kronprinz statt. — Zur Probe pünktlich erscheinen, **Betriebsvergüngen** d. Jähnd. R. M. Sonnabend Merzdorf.

## Herbstvergüngen

im Schützenhaus eingeladen. Das Direktorium.

## Schützenhaus Riesa.

Su dem am Freitag, den 26. 11., stattfindenden **Vergüngen** des Vereins „Fidèle Brüder“ werden Freunde u. Bekannte hiermit herzlich eingeladen. — Anfang 8 Uhr. — **Der Reichsaussch.**

## Die heutige Nr. umfasst 6 Seiten.

Irlands Kampf.

Der Englands innerpolitische Entwicklung in den letzten Hundert Jahren verfolgt, wird nicht umhin können, die politische Entwicklung eines Volkes anzuerkennen, das — als einziger in Europa — von jeder Revolution verhältnißlos geblieben ist, weil es unter Fortschrittlichkeit niemals ein Weltlaufen nach unbekanntem Ziel, andererseits aber unter Konseratismus nicht ein starres Festhalten an dem Gewordenen verstanden hat. — Falls lassen, was hinlänglich erworden ist, und antwort zu stehen, was führen muß, neue Antworten dem Gesamtbau des Staates allmählich einfließen; darin besteht jene enalische Reformerarbeit, die seit drei Reichensaltern ann außerordentlich vervollkommen worden ist. Aber alle Voraussicht und Kluge Festigkeit, die man den Engländern sonst bei der Lösung der schwierigsten Fragen eines Weltreichs nachräumen dürfte, hat immer gegenüber Irland gefehlt. In der enalischen Politik gegenüber Irland spielt das Ausmaß eine verhältnißmäßig große Rolle. Jedes Gefühl, das zur rechten Zeit die Wünsche der Iren an befriedigen vermocht hätte, ist erst gemacht worden, sobald es Irland nicht mehr genügt. Als Gladstone den Iren Somerville neben wollte, verließ die große liberale Partei. Die zur Reformation gelangten Unionisten jedoch boten Irland statt Somerville Verlor's Voranschauung an. Die Paragrafengebung, in der von den Liberalen ausging, war keine geringe Gabe: sie hat Irland von den enalischen Landlords befreit, den irischen Pächter zum Besitzer gemacht und einen Wohlstand geschaffen, der unter den ärmlichen Bedingungen, die der Weltkrieg für die Landwirtschaft herbeiführte, zum Reichthum wurde. Aber Irlands wachsender Wohlstand veranlaßte nur seinen politischen Widerstand. Abermals suchte die liberale Reformation die Iren zu verstehen: Manich brachte eine Somerville-Parlance ein, für die sich die große irische Nationalistenpartei rückhaltlos einsetzte. Und als der Iren ausbrach, wurde diese Parlance auch mit der Verbindung, daß sie nach Kriegsende in Kraft treten sollte, angenommen. Das Resultat dieses, das Resultat mit dieser Verbindung den von Carson geführten Unionisten machte, hat alles wieder verdorben. Von dem Augenblick an, in dem an die Stelle der Liberalen eine Konföderation trat und vollends, seitdem die Iren durch Lloyd George als Premierminister abgelehrt war, und die Unionisten den maßgebenden Einfluß auf das Ministerium erlangten, war es gewiß, daß das Irland geerbene Versprechen nicht gehalten werden würde. Nur diese Gewißheit hat in Irland den Sturz der Nationalistenpartei und das Emporkommen der Sinnfeind-Bewegung verursacht. Aber auch noch nach dem Ende der Feindschaften — vor den Sinnfeinden, die Lloyd George durchführte — wäre es möglich gewesen, die Sinnfeind-Bewegung zu entwurzeln, wenn man rechtzeitig getan hätte, wenn man sich erst nach dem überwältigenden Wahlsieg der Sinnfeinder entschloß: nämlich einen Konvent von Vertretern aller irischen Parteien zusammenzubekommen, um über Irlands künftige Stellung zu beraten.

Lloyd Georges schwerer Fehler in der Behandlung Irlands ist das Herabsetzen der Autorität: Mit Nebenheiten wird verhandelt! Das war der Standpunkt, nach dem aus er Ende 1918 jede Verhandlung mit der Sinnfeinder-Partei zurückwies. Seitdem hat er die Partei, die durch seine Schuld so arach geworden ist, nicht mehr ignorieren können. Aber jetzt hat er es nicht mehr so sehr mit einer politischen Partei zu tun, wie mit einer Volks-Partei, die durch Gewalttätigkeiten zu erwinnen sucht, das die Politik nicht durchziehen konnte. Und gegenüber dieser Volksbewegung, die viel tiefer geht als vor Jahrzehnten in Irland das Zentrum, weiß Lloyd George wiederum nichts anderes als: die Autorität der Regierung muß gegen Wüthender und Räuber geschützt werden. Außerdem hat er seine eigene Somerville-Parlance, die für das irische Volk und für das protestantische Irland je ein eigenes Parlament schafft, vor wenigen Tagen zur Annahme gebracht. Aber nicht einmal seine eigene Partei glaubt, daß dieser Vorlage im gegenwärtigen Zeitpunkt noch irgendwelche Bedeutung zukomme, und daß sie jemals in Kraft treten könnte. Im Laufe der Ereignisse war bei der Entscheidung nicht mehr als ein Drittel der Mitglieder anwesend. Irlands Antwort auf dieses Gesetz ist aber entliehlich gewesen: in einer Gewerkschaft ist ein Dutzend enalischer Offiziere in Dublin ermordet worden. Das ist keine Tat, die von der Regierung der Iren nicht bestraft werden sollte. Aber solche Taten sind nicht zu verhindern, wenn man in England die Tatsache, daß Irland sich bereits als selbständig erklärt hat, als nicht gültig behandeln will und immer noch glaubt, es gebe eine andere Lösung des irischen Problems als den Verzicht, mit Irland auf dem Fuß der Gleichberechtigung zu verhandeln.

Ein Zwischenfall im englischen Unterhaus.

Das englische Unterhaus nahm am Montag unter tiefstem Schweigen eine Erklärung des Unterstaatssekretärs für Irland Greenwood über die Ermordung von Offizieren in Dublin entgegen. Nach Verlesung der Berichte entstand eine Auseinandersetzung zwischen dem Nationalisten Devlin und dem Unionisten Wilson, die so hart aneinander geriet, daß die Sitzung ausgedehnt werden mußte. Nach der kurzen Unterbrechung der Sitzung durch den Zwischenfall, bei dem dem Wilson Devlin gepöbelte hatte, hat Wilson für sein Benehmen um Entschuldigung. Devlin nahm die Entschuldigung an. Damit war der Zwischenfall erledigt. Lloyd George erklärte, es gelinge den irischen Behörden nach und nach, der Verschönerung Herr zu werden. Wenn sich jedoch die augenblicklichen Vollmachten als ungenügend erwiesen, so werde die Regierung nicht zögern, von dem Parlament die notwendigen Vollmachten zu fordern.

„Telegraph“ meldet aus London, daß die englische Arbeiterpartei im Hinblick auf die Wahlen in Dublin von ihrem Plane, eine Untersuchungskommission nach Irland zu entsenden, abgesehen habe. In einer öffentlichen Erklärung verurteilt die Partei aufs schärfste die Morde in Dublin und fordert, daß die Sinnfeinderführer die Erklärung abgeben, daß sie mit diesen Verbrechen nichts zu tun haben, daß aber auch die britische Regierung weitere Vergeltungsmassregeln verhindern. Beide Parteien werden zu einem Waffenstillstand aufgefordert, um in Ruhe die irische Frage zu lösen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. November.

Am Regierungstisch: Vizekanzler Heinze, Reichsminister Koch.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Persner (D. Op.) wegen der Freilassung der in Vignion noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen (Sch. D. R.) Regierungskommissar S. und die Verhandlungen der Zwischendelegation und der deutschen Regierung, die Einbeziehung dieser Gefangenen in die unter die Friedensbedingungen fallenden Kriegsgefangenen zu erwirken. Als dies nicht der Fall gewesen sei, wurde eine neue Note an die

Die „Humanität“ über das Hungerehend in Deutschland.

Eine Anfrage gegen die Politik der Entente.

Paris, 23. November.

In der „Humanität“ gibt Paul Robaug ein erschütterndes Bild der Leiden und Entbehrungen der heranwachsenden Jugend Deutschlands und Oesterreichs. Seine Ausführungen stellen eine gewaltige Anfrage gegen die Politik Westeuropas dar und werden, was bemerkenswert ist, auch in einigen sozialistischen Blättern zum Ausdruck gebracht. Der Verfasser des Humanität-Artikels erinnert zunächst daran, daß er im Anfang des Jahres 1917 Gelegenheit hatte, in der Schweiz einige hundert Wiener Kinder zu sehen. Niemand, so schreibt er, werde er vergessen, wie die bellagerten Kinder den Bahnhöfen von Paris durchschritten. Arme Adole, zu schwer für abgemagerte Hände, arme Glieder in mitleidigen Knochen, a me hohle Gesichter mit bluternen Ohren, wor n aus wässernen Höhlen die vergrößerten Augen in tiefem, tiefem Glanz leuchteten. Aber die Lage der Kinder in den Zentralländern hat sich in der Zwischenzeit eher verschlimmert als verbessert. Der Hunger dauert noch weiter an. Noch schlechter als in Deutschland sind die Zustände in Oesterreich. Dort, wie in Deutschland sind die Nationen völlig unzureichend. Die Folge ist, daß die Kinder im wahren Sinne des Wortes „vor Hunger sterben“. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, dessen sich die Allierten zur Stunde schuldig machen. In allen Städten der Zentralländer habe ich das Gleiche wahrgenommen. Was ich sage, was ich a len zusehen möchte, das ist, daß die Verfechter eines Friedensvertrages, die Kinder zum Tode verurteilen, eieinde oder große Verbrecher sind, daß eine Form der Strafe mit in den Kopf steigt bei dem Gedanken, wie dieser Hunger von uns erdwacht, von uns anzureicherhalten und geregelt wurde, daß es eines Franzosen unwürdig ist, sichlos zu stehen vor die er Ungeheuerlichkeit, die sich durch tausend und abertausend Fälle beweisen werden kann, daß unsere Sache in dieser Hinsicht aus jedem von uns einen Witz auf einen macht. Wenn die Allierten nicht in die Lage kommen, so werden wir alles Recht

französische Regierung gerichtet, auf die verantwortlich wurde, daß die Angelegenheit den zukünftigen französischen Behörden übergeben worden sei. Die Frage der Begnadigung werde geprüft werden. Wenn diese Frage bis heute noch nicht gelöst worden ist, so treffe die deutschen Behörden ebenfalls keine Schuld. Im übrigen sei alles geordnet, um das Los der Gefangenen zu mildern. Für die Lösung sei von der deutschen Regierung gefordert. Auch die Behandlung sei eine bessere geworden. Alles in allem sei erreicht worden, daß der leidliche Zustand für die jetzt die Spannkraft der Gefangenen sich gehoben hätte. Unterwände, Strauß, Wolf, Bienen, Ziegen u. Ziegen seien in ausreichender Menge von der deutschen Regierung nach Vignion geliefert worden. Die Fürsorge sei in durchaus zufriedener Weise geordnet. Er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, das recht bald von der französischen Regierung diese Angelegenheit endgültig geregelt werde.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Aufgaben werden die Interpellationen der irischen Abgeordneten des Hauses über Verlegung eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes, sowie der Abgeordneten Herz und Benoit über die russischen Kriegsgefangenen-Entlager nach einer Erklärung der Regierung, daß sie die Interpellationen innerhalb der gegenwärtigen Frist zu beantworten bereit sei, einweisen von der Tagesordnung abgelehnt.

Es folgen mündliche Berichte des Gesundheitsordnungsamts, die darin gipfeln, den gerichtlichen Verahren gegen die Abgeordneten Jemmann, Walle, Köhler und Wempes die Genehmigung zu verlegen. Das Haus beschließt demgemäß.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Vorlagen verlegt sich das Haus am morgen mittag 1 Uhr. 2. Stat.beratung. Schluß 2 Uhr.

Wegen den Handel mit Sowjetrußland.

Die französische Regierung hat der Presse eine Erklärung abgegeben, wonach Handelsverträge für sie nicht bindend sind, die ohne ihre Zustimmung mit der Alliiertenregierung abgeschlossen werden.

Auf verschiedene Anfragen bezüglich der Wiederannahme der Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und Rußland erklärte Lloyd George im englischen Unterhaus, daß die Regierung im Unterhause die Grundlagen des vorgelegenen Abkommens bekanntgeben wird. Auf eine weitere Anfrage erklärte Lloyd George, daß weitere 150 britische Gefangenen in Rußland die Hilfe zugesetzt werden. Des Weiteren sagte Lloyd George, daß General Baranowski weder von der britischen noch von einer der alliierten Mächte unterstützt worden ist.

Auf dem

Kongreß der christlichen Gewerkschaften

wurde eine Entschließung angenommen, welche die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts verlangt und fordert, daß zur Lösung der gegenwärtigen Aufgaben auf diesem Gebiete die christlichen Gewerkschaften herangezogen werden. Ein Antrag Behn, der die Ausgestaltung des Deimarbeitergesetzes und die reichsweite Kassenversicherung der Hausgewerbetreibenden im Rahmen der Reichsversicherungsgesetzgebung verlangt, wurde einstimmig angenommen. Eine die Sicherung des Existenzminimums für die Staatsbeamten fordernde Entschließung, für die sich Staatsminister Stägerwald ausdrückte, wurde einstimmig angenommen. Auf Grund eines Berichtes des Verhandlungsleitenden Otto in Düsseldorf über die Vorbildung des Nachwuchses in den Betrieben und Gewerkschaften wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, welche die Förderung der gewerblichen und sachlichen Ausbildung des Lehrlingsnachwuchses und seine Eingliederung in das christliche Gewerkschaftsleben verlangt. Annahmen wurden ferner Entschließungen über die Schaffung ausbreitender Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für die weibliche Jugend, über die Notwendigkeit einer baldigen Einbeziehung eines Hausangehörigengesetzes, die Förderung der staatsbürgerlichen und sachlichen Ausbildung der ländlichen Jugend und ein mit der Bewegung der Hausarbeit und der im gewerkschaftlichen Rahmen zu besetzenden Vorkurspolitik sich beschaffenden Antrag Ambusch. In einer am Schluß der Vormittagssitzung abgegebenen Erklärung wies der Vorsitzende der dänischen Landtagsfraktion Knudsen die Gerichte über ergebnislose Lösungsversuche im dänischen Volk aufs schärfste zurück. Jeder das Volk noch der Landtag noch die Regierung in Bayern dürften daran, die Einheit des

Verfahrens, den deutschen Offizieren selbst ihre wirklichen Verbrechen im Frieden vorzumwerfen. Das unrichtige ist viel schlimmer, da es während des Friedens begangen wird.

Antrag auf Reichsannahme des Hohenzollern-Vermögens.

Wie die D. N. hören, bereiten die Sozialdemokraten eine Resolution zur Verlesung vor, in der sie die Staatsregierung auffordern, ein Verbotsgesetz herbeizuführen, durch welches das Vermögen der Hohenzollern dem preussischen Staat ohne Entschädigung überlassen wird, während diesem die Verpflichtung auferlegt wird, allen jetzt lebenden Mitgliedern des Hauses Hohenzollern eine angemessene Unterhaltsrente bis zu ihrem Ableben zu gewähren.

Das Ringen der Sowjetregierung um Anerkennung.

Die „Freiheit“ veröffentlicht einen Aufruf der Auslandsdelegation der sozialistischen Arbeiterpartei Rußlands und des sozialistischen Bundes für die sofortige Anerkennung der Sowjetregierung und die Wiederherstellung wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland sowie gegen jede Intervention fremder Mächte und gegen die Blockade Rußlands.

Staw geräumt.

Nach Meldungen Berliner Blätter ist Staw von den ukrainischen Truppen geräumt worden.

Die deutsche Kolonialdenkschrift.

Nach einer Genfer Meldung des „Berl. Tagebl.“ führte der australische Delegierte Willers aus, er werde beantragen, daß die deutsche Kolonialdenkschrift im Plenum des Völkerbundes besprochen werde. Der deutsche Vortritt scheint somit nicht stillschweigend übergangen zu werden.

Reichs anzutreten. Bayern hatte es nicht nur für seine Pflicht, sondern für sein eigenes Interesse, auch in der Zeit der Rot die Einheit des Reiches zu verteidigen. Es müsse allerdings verlangt werden, daß das nationale Eigenleben der einzelnen Länder nicht unterbunden werde.

Die amerikanische Sanierungsaktion.

Wie die „Fürcher Doppelgenossenschaft“ aus New York meldet, haben führende amerikanische Bankiers den Präsidenten Wilson einen Plan zur Stabilisierung des Weltmarktes, sowie Ausführung der amerikanischen Industrie erwarten, die sich jetzt insofern, Rangels an Käufern in einer höchst bedeutungsvollen Lage befinden. Ein Embargo, dem u. a. Henry Morgenthau, Morgan, Lomont und die Guaranties Trust Co. angehören, schloß vor, daß das in den Vereinigten Staaten beschlagnahmte deutsche Eigentum, dessen Wert auf 400 Millionen Dollar geschätzt wird, in öffentlichen Auktionshäusern zum Verkauf gebracht werden und die Grundlagedeckelung für einen Deutschland zu gewährenden Kredit von 2 Milliarden Dollar zur Lieferung von Baumwolle, Getreide, Kupfer, Rohstoffen, Brennstoffen und anderen Rohstoffen. Die Zustimmung Deutschlands, die erforderlich ist, soll angeblich schon erteilt worden sein. Man glaubt in New York allgemein, daß sich Wilson nach der Zustimmung des Kongresses bereit erklären werde, Deutschlands Eigentum in der gleichen Höhe freizugeben, in der Deutschland beschlagnahmtes amerikanisches Eigentum freiläßt. Die Frage soll unverzüglich dem Kongreß vorgelegt werden.

Internationaler Gewerkschaftskongreß in London.

Der internationale Gewerkschaftskongreß wurde von gestern mittag in London in Abwesenheit von Appleton, der seine Entlassung als Vorsitzender angenommen hat, eröffnet. Zum Nachfolger Appletons wurde darauf Th. Thomas, der bekannte englische Eisenbahnführer, gewählt. Dem Kongreß wohnten außerdem Vertreter Englands, ein Vertreter Frankreichs, 12 Deutschlands, 10 Bulgariens, 6 Hollands, 5 Italiens, 5 Norwegens, 4 Schwedens, 4 Dänemarks, 4 der Tschechoslowakei, 4 Spaniens und 1 Vertreter der Schweiz bei. Jouhng referierte über die Frage der Weltwirtschaftsdepression über die Sozialistische Kammer über Angelegenheiten des internationalen Völkerverkehrs und über die allgemeine Lage des internationalen Gewerkschaftsbundes, Wertes über die Hoffnungen für die Industrie.

Die Entente gegen König Konstantin.

Nach einer Londoner Meldung des „Welt Pariser“ hat das Auswärtige Amt vorgeschlagen, der Staatssekretär des Auswärtigen Verhelot möge am 25. ds. Mts. in London sein. Der Ministerpräsident Venizelos werde erst am 28. ds. Mts. nachfolgen. Der Berichterstatter des Hauses glaubt zu wissen, daß sowohl in Luzern beim König Konstantin wie auch in Wien beim Ministerpräsidenten Ribbik ein offizieller Schritt der englischen Regierung unternommen wurde, um wissen zu lassen, daß die Blöcke König Konstantins auf seinen Thron nicht gern sehen würde. Falls sie erfolgen sollte, könne Griechenland nicht mehr darauf rechnen, die Gebiete zu behalten, die der Vertrag von Sevres ihm zuerkannt habe. Man hoffe, daß Konstantin eine solche Sache machen werde zu Gunsten seines älteren Sohnes. Der Berichterstatter glaubt sogar, diese beiden Warnungen hätten schon ihre Früchte gezeitigt. Damit ist wohl, wie einige Pariser Blätter melden, die Verkleinerung der geplanten Volksabstimmung um etwa 20 Tage gemeldet.

Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, hat die französische Regierung an die englische das Ersuchen gestellt, am Donnerstag, also vor dem Inkrafttreten der neuen griechischen Kammer, eine französisch-englische Erklärung zu veröffentlichen, um Griechenland wissen zu lassen, daß es nach einer blutigen Konstantins nicht mehr auf die guten Dienste und den Beistand von Paris und London rechnen könne.

Einige Pariser Blätter veröffentlichten eine Note offenbar holländischen Ursprungs, in der gesagt wird, der Ministerpräsident Venizelos habe der englischen Regierung eine längere Depesche ausgeben lassen, in der er alle Klagen gegen König Konstantin wiederholte. Die französische Regierungskreise schienen sicher zu sein, daß England sich der französischen Regierung anschließen werde. Auf alle

Fälle aber ist es wahrscheinlich, daß eine gemeinsame Forderung vor Donnerstag erfolgen werde. Für den Fall, daß es notwendig sein sollte, schiene die französische Regierung gewillt zu sein, die Ausdehnung auch allein zu erlassen.

### Bericht über die öffentliche Gemeinderatsitzung in Gröba am 23. November 1920 im Sitzungssaale der Zentralschule.

Anwesend 16 Gemeinderatsmitglieder, die Gemeindefürsprecher Herr Gänther u. Schmidt, sowie Herr Ortsbaumeister Langer. Den Vorsitz führte Herr Gemeindevorstand Hans. Entschuldigt fehlten die Herren Gaudmann, Krauspe, Pammel und Riedel.

1. (Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Dem Gemeinderat wurde bekannt, daß das Reservelazarett C auf dem Truppenplatz Zeitbahn veräußert ist und die Stadt Dresden Schritte unternommen habe, den Kauf zu bewirken und die Anlage abzubauen und den Abtransport vorzunehmen. Nach einer Besichtigung des Lazarettes durch Mitglieder des hiesigen Bauausschusses hat man sich davon überzeugt, daß die Gebäude nach einem entsprechenden Umbau sich sehr gut für Wohnungszwecke eignen. Der Ausschuss hat zu der Angelegenheit Stellung genommen und beschlossen, dafür einzutreten, daß die Anlage dem hiesigen Bezirke erhalten bleibt und für Wohnungszwecke nutzbar gemacht werde, da andernfalls diesem große Werte verloren gehen würden. Zu diesem Zwecke ist man mit den Gemeindevorständen von Meißa, Weißa, Radeberg, Zeitzahn, Gröba, Glauchitz und Rähnitz in Verbindung getreten, um die Gründung eines Zweckverbandes. In einer hiesigen Sitzung wurde der Gemeindevorstand dieser Gemeinden (außer Meißa) für eine grundsätzliche Uebereinstimmung für diesen Plan zustande gekommen. Eine weitere Besichtigung der Vertreter genannter Gemeinden, an welcher auch Amtshauptmann Behnemann teilgenommen, führte dazu, daß auch die Amtshauptmannschaft volles Interesse und Verständnis für die Erhaltung und Verwertung der Anlage für den eigenen Bezirk bekundet habe. Von den Gemeinden sowohl, wie auch von dem Bezirksausschuss ist entsprechender Antrag an das Landesfinanzamt gestellt worden. Von den Gemeindevorständen Meißa und Glauchitz liegen bereits zustimmende Beschlüsse für den Beitritt zum Zweckverband vor. Austragsgemäß sind vom Gemeindevorstand die Bauzeichnungen ausgearbeitet worden, auf Grund welcher Herr Ortsbaumeister Langer über die Möglichkeit eines zweckmäßigen Umbaus des Lazarettes für Wohnungszwecke erschöpfende Ausführungen machte. Vorhanden sind 30 Baracken, von welchen 20 zu je sieben Wohnungen und die übrigen mit je drei bis vier Wohnungen in Frage kommen. Vorgezogen sind ferner zwei Schulen, zwei Lehrerzimmer, eine Turnhalle und eine Lebensmittelverkaufsstelle. Die gesamten Gesehungskosten sind mit rund 10,6 Millionen Mark berechnet worden, die zum Teil aus Mitteln der produktiven Erwerbsobjektive, und im übrigen aus Zuschüssen des Reiches, Staates und der Gemeinden gedeckt werden könnten. Zu empfehlen sei, die Räume nicht als Mietwohnungen, sondern als Dauerwohnungen zu erstellen und die Gebäude für Beleuchtung an die Ueberlandzentrale Gröba anzuschließen. Die Baukosten für den Umbau einer Wohnung stellen sich auf rund 57.000 Mark gegenüber rund 75.000 Mark einer solchen für die Neubauten der Kleinwohnungsbauweise an der Oststraße, demnach ca. 18.000 Mark billiger, bei wesentlich größerer Wohnfläche der Zeitbahner Wohnungen. Herr Gemeindevorstand Hans weist auf verschiedene Schwierigkeiten hin, die der Plan mit sich bringe. Da das Lazarett auf Grund und Boden der Gemeinde Gröba und somit im Bezirk der Amtshauptmannschaft Gröba liegt, müsse zunächst eine Ausweisung angefordert werden. Manche Familien würde der Umföhrung wegen nicht gern nach Zeitzahn ziehen wollen, doch könnte diese Unbequemlichkeit durch Einlegung von Zügen im Wege der Verbindung mit der Eisenbahnverwaltung leicht beseitigt werden. Vor allem gelte es aber, die große Zahl der Wohnungsuchenden, die in unserer Gemeinde auf 318 gestiegen sei, unterzubringen und zur Erreichung dieses Zieles die durch den Plan gebotene Möglichkeit zu erfassen. In der sich anschließenden Aussprache, an welcher sich die Herren Gemeindevorstand Hans, Lorenz, Harnes, Matthäus, Gartenhäfner, Weist und Dentzel beteiligten, wird das Für und Wider des Unternehmens eingehend erörtert, von allen Rednern die Notwendigkeit, weitere Wohnungen zu schaffen betont und die Erwartung ausgesprochen, daß auch die Stadt Meißa und der Bezirksverband Gröba sich den Bestrebungen für die Verwirklichung des Planes anschließen möchten, damit sich die finanziellen Lasten auf breitere Schultern verteilen. Das Kollegium erklärt sich hierauf im Prinzip einstimmig für die Erwerbung des Reservelazarettes C und beschließt in gleicher Weise den Beitritt zu dem zu gründenden Gemeindevorstand. Der Bauausschuss wird ermächtigt, die weiteren Verhandlungen in der Sache zu führen.

2. (Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Langer.) Vom Bauausschuss ist weiter die Möglichkeit erwogen worden, durch Ankauf von Gerätegruppen auf dem ehemaligen Winterübungsplatz am Guckay und Wasserübungsplatz in Forberge neue Ausflugsplätze für Er-

richtung von Fernwohnungen zu eröffnen. In Forberge könne zugleich der schon längst gefasste Plan der Errichtung eines Eisbades mit Luft- und Bad bewirkt werden. Der Erwerb der Gebäude ließe die Möglichkeit zu, der Gemeinde weitere 33 Wohnungen zu schaffen. Die Gesamtkosten des Umbaus errechneten sich mit circa 2,6 Millionen Mark, stellen sich aber noch nicht genau fest, da die Kosten für die Wasserleitungen noch nicht feststehen. Die Gesamtkosten des Umbaus errechneten sich mit circa 2,6 Millionen Mark, stellen sich aber noch nicht genau fest, da die Kosten für die Wasserleitungen noch nicht feststehen. Die Gesamtkosten des Umbaus errechneten sich mit circa 2,6 Millionen Mark, stellen sich aber noch nicht genau fest, da die Kosten für die Wasserleitungen noch nicht feststehen.

3. (Berichterstatter Herr Gemeindefürsprecher Schmidt.) Für die notwendige Errichtung eines neuen Kälteapparates und einer Gasanlage im Badwert, die Erweiterung der Wasserleitungsanlage in Forberge und die Verlegung von Gas- und Wasserleitungen macht sich die Gemeinde einer Anleihe von 150.000 Mark für das Gaswerk und 100.000 Mark für das Wasserwerk erforderlich, die man bei der Sparte in Form einer Anleihe mit einer Verzinsung von 4 1/2 Prozent und bei einer 10-jährigen Laufzeit von je 20.000 Mark untergebracht hat. Der Gemeinderat stimmt der Anleihe des Darlehens einstimmig zu.

4. (Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Ein weiteres Darlehen in Höhe von 40.000 Mark bei 4 1/2 Prozent Verzinsung zur Bekämpfung der Mittel für die Kleingartenanlage an der Steinstraße ist bei der Sparkasse in Glauchitz aufgenommen worden. Hier beträgt die jährliche Rente 1600 Mark. Auch zu dieser Anleihe des Bau- und Finanzausschusses erteilt der Gemeinderat seine Genehmigung.

5. Dieser die Vorschläge des Steuerausschusses betreffende Punkt wird zur eingehenden Prüfung in die nächste öffentliche Sitzung verwiesen.

6. Mitteilungen. Bekannt gegeben werden ein Schreiben des Bezirkes für Volksschulen und Kunstpflege, worin dieser auf die in der Uberschule in Meißa bestehende Weihnachtsgesellschaft guter Bücher und Bilder hinweist, sowie ein Dankeschreiben der Handelschule zu Meißa für die bewilligte Erhöhung des Jahresbeitrages. — Kenntnis genommen wird von der Erkrankung des Schulmannes Mann, von dem Weggange des Schuttmann Thiele, der Ende dieses Monats zur Sicherheitspolizei nach Dresden übertritt, und von der Einstellung des stellvertretenden Reichskubmannes Kleine. Ferner wird Kenntnis genommen von der erteilten Genehmigung der Aufsichtsbekörderung zur Bildung eines einheitlichen Wirtschaftskomitees mit den an der Grenze des Großenhainer Bezirkes gelegenen Orten des Oligauer Bezirkes, sowie von der letzten der Amtshauptmannschaft Großenhain erteilten Ablehnung des Antrages betreffend die Ausübung der Kontrolle der Arbeitslosen durch Beamte des Bezirksarbeitsnachweises Meißa.

Darauf nichtöffentliche Sitzung.

### Die 20. ordentliche evang.-luth. Landesynode

Am Dienstag, den 23. November, ihre Tagung mit ihrer dritten Sitzung wieder auf. Nach dem Eingangsgebet, das Synodale Dr. Klemm-Strelja sprach, eröffnete der Präsident Bürgermeister Dr. Seegen-Wurzen, die Sitzung mit dem Hinweis auf die lange umfangreiche Arbeit, die in der Zeit der Vertagung in den Kommissionen geleistet worden sei und unter Hinweis auf die seit dem Auseinandergehen der Synode erfolgten kirchenpolitischen Geschehnisse. Die von der Volkskammer erfolgte Ablehnung der notwendigen Erhöhung der Staatsbeiträge für die kirchlichen Bedürfnisse und die Entscheidung des Reichsgerichtes wegen des Religionsunterrichtes in der Volksschule. Er gedachte ferner des verstorbenen Synodalen Parrer Troeger in Hsella und verpflichtete den an seiner Stelle neu gewählten Synodalen Parrer Seydricht in Krögis.

Nach Vortrag der Negativkommission gelangte sodann in erster Lesung zur Beratung und Abstimmung der Entwurf eines Kirchengesetzes, die anderweitige Festschreibung des Mindestbeitrages des kirchlichen Einkommens der Kirchengemeinden und anderer mit dem kirchlichen beauftragten Personen betreffend. (Vorlage des Landeskonferenzamtes.) Das Gesetz stellt eine Erhöhung der bisher geltenden Mindestbeiträge für den kirchlichen Dienst vor. Der Antrag des Kirchenregiments beginnt in der niedrigsten Stufe mit 750. — A bei Kirchengemeinden bis zu 500 Seelen und steigt in 5 Stufen auf 2000. A bei Kirchengemeinden von über 10.000 Seelen. Ein Änderungsantrag des Finanzausschusses beginnt mit dem niedrigsten Satz von 500 A und steigt in 5 Stufen auf 2400 Mark bei Gemeinden von über 10.000 Seelen. Der Berichterstatter Hr. Wöhrer in Krögis betonte, daß das ganze Gesetz nur eine vorläufige Regelung bedeute, vor allem aber daß alle Sätze nur als Mindestsätze gedacht seien. Es ist erwünscht, daß leistungsfähige Gemeinden darüber hinausgehen. Organen, die ihren vollen Dienst verrichten, sollen Anspruch auf vier Fünftel dieser Sätze haben. In Gemeinden,

in denen nicht jeden Sonntag Gottesdienst stattfindet, soll die Mindestbeiträge bis A jährlich betragen. Kirchenmusik im Hauptamt werden von dieser Regelung nicht betroffen, ihre Verhältnisse werden besonders geregelt. — In der ausgedehnten Besprechung kam auf allen Seiten die Anerkennung über den Dienst der kirchenmusikalischen Beamten zum Ausdruck. Zum Teil wurde lebhaft für eine Erhöhung der Sätze eingetreten. So Synodale Schneider in Meißa, Oberlebrer, Kantist in Wurchwitz, der besonders auf die Schwierigkeit der Besetzung der Stellen, Pastor prim. Dabier, Bausch, doch wurde ein Vermittlungsantrag Zimmer, der einen drei niedrigen Gruppen zusammenzufassen, und mit 1200 A niedriger Entschädigung zu beginnen, abgelehnt; und die Vorschläge des Finanzausschusses angenommen, nachdem auch der Präsident des Landeskonferenzamtes sich damit einverstanden erklärt hatte. Einkünfte Annahme fand auch in der Fassung des Finanzausschusses ein neuer, in das Gesetz eingefügter § 4: Einkommenshöfungen, die infolge der Vorschriften in §§ 1-3 nötig werden, können verjagt oder unter Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, daß in dem Verlaufe des Einkommenshöfungen ein wichtiger Grund vorliegt, bewilligt werden. Als solcher Grund gilt insbesondere die Ablehnung des ev.-luth. Religionsunterrichtes. Das ganze Gesetz wurde schließlich in erster Lesung einstimmig angenommen; zweite Lesung morgen.

Es folgt sodann die erste Lesung eines Kirchengesetzes Abänderung der Vorschriften über den Meißa- und Umzugsantrag der ev.-luth. Geistlichen etc. Das Gesetz will die jetzt geltenden Sätze einigermaßen der durch die Geldentwertung geschaffenen Lage anpassen. In der Aussprache ergaben sich in der Hauptsache nur Meinungsverschiedenheiten über eine neu einzuführende Bestimmung, die lautet: „Ein künftiger Geistlicher, welcher seine Stelle früher als 3 Jahre nach deren Uebernahme verläßt, hat auf Verlangen des Kirchenvorstandes die empfangene Umzugsentschädigung voll und wenn er die Stelle nach 3 Jahren, aber vor Ablauf von 6 Jahren verläßt, bis zur Hälfte zurückzuerhalten. Auch das Landeskonferenzamt kann im Falle vorzeitigen Austrittes die Zurückzahlung der zu den Umzugskosten gewährten Beihilfe im gleichen Verhältnis beanspruchen.“ Die Beschlüsse, die gegen diese Fassung sprechen, werden bei der zweiten Lesung Berücksichtigung finden können.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 24. November 1920, vorm. 10 Uhr. — Nächster Bericht: 24. November.

Ein neuer Entlassungsanzug für 350 M. zu verkaufen. In erst. im Tagebl. Meißa.

Alles billig zu verkaufen: 1 Paar neue Rinderschuhe, weiß u. klein, Größe 34, verschied. Wädh., Meißa, Alter bis 11 J., Laternen marion mit Aufhänger, neue zusammenleben, Bettstelle mit Matraze. In erst. im Tagebl. Meißa.

Kragen Nr. 39 gegen solche Nr. 40 oder 41 zu tauschen gesucht. Angebote unter B C 6128a an das Tageblatt Meißa.

Riedererkant zu verkaufen Wilhelmstr. 2, 2. r.

1 Segelschiff (Ca. 2), 1 Paar Stiefel, Nr. 29 1/2, 3 m Anstrich, braun gemalt, weit unter Preis zu verkaufen. Meißa, Gröba, Meißa, Nr. 32.

Für Landwirte! Großes geb. Größtes hat abzugeben Wöhrer, Meißa, Nr. 32.

Guterb. Kartoffeldämpfer, eine Wassermaschine billig zu verkaufen. Hermann Klose, Langenberg 34.

Wir kaufen Altsilber, Almetalle, geb. und defekte Maschinen aller Art zu höchsten Preisen. Kiessling, Matula & Co. Riessa Bahnhofsstraße 19. Fernsprecher 427.

Unterhaltene weiße Kinder-Bettstelle mit Matraze usw. billig zu verkaufen. In erst. Tagebl. Meißa.

Brennholz trockene kieferne Rollen eingetroffen. Düntzer, a. Schlachthof.

Maschinen, Ofen, Schmiedewerkzeuge, ganze Objekte zum Abbruch, sowie sämtliche Metallgegenstände zum Tagespreis kaufen Haupt & Sohn Olshaus, Telefon 327.

Geheilt! Kranke jeder Art, Harnröhrenleiden, Syphilis, Manneschwäche, Frauenleiden, Nervenleiden, Verträglichkeit, Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin E 4 17, Potsdamerstr. 123 B. Sprechst. 9-11 u. 2-4. Sonntags 10-11 Uhr. Belebende Broschüre mit tadelndem freim. Dankschreiben. Ausgabe deft. Heilmittel (ohne Quacksalz) u. andere Wirksam. ohne Einpreis, ohne Verunsicherung gegen I. — Wfr. distret in versch. Nummern ohne Aufdruck. Leiden genau angeben.

### Aktuelles von Mirabeau.

So wenig sich auch die große französische Revolution mit der Entwicklung unserer Zustände nach dem Weltkrieg vergleichen läßt, so sind doch beiden Revolutionen die Geschichte gewisse Züge gemeinsam, und zwar sind es hauptsächlich die wirtschaftlichen Verhältnisse, die der Katastrophe zureichen. Auch heute versucht man alle Mittel, um die jurchbare Finanznot zu beseitigen oder wenigstens zu mildern, und da es von besonderem Interesse zu verfolgen, wie die geniale Persönlichkeit der französischen Revolutionszeit, wie Mirabeau als Finanzmann für die Rettung seines Landes gekämpft hat. Zur rechten Zeit erscheint deshalb eine Auswähl seiner großartigen Reden unter dem Titel „Mirabeau, über den Staatsbankrott“ von Georg Müller in München. Wir erleben hier das titanische Ringen dieses großen Staatsmannes, der seine ganze Kraft einsetzte, um den Abgrund des alten Staates anzuhalten und durch Reformen vor dem Untergang zu schützen. Ueber die Beseitigung der inneren Unruhen und Ausschreitungen redet er, über die Zurückziehung der Truppen, über die Menschenrechte und die Freiheit der Religion, über viele Dinge, die uns gerade heute wieder bewegen, am häufigsten und eindringlichsten aber über die finanziellen Schwierigkeiten, und wir fühlen einen Abglanz von der einzigartigen Rednergewalt dieses Mannes, der mit seiner „Impassanten Häßlichkeit“, seiner „fürchterlichen Wäune“ die Zeitgenossen völlig in seinen Bann zu zwingen wußte. Ihm horden alle Chancen des Wältenpiels und der Gedärde zu Gebote; er konnte um seine unförmigen Lippen das anmutigste Lächeln zaubern, und dann wieder leuchtete seine Stirn, wie eine mit Blitzen geladene Wetterwolke. Dazu kam die Wirkung seines Organs, dem grollende Donnerlaute ebenso wie melodiöse Silberöne eigen waren. „Nach dem Beugnis der Mitbedenden, die man noch über ihn befragen kann“, erzählte seine in seinem Mirabeau gewidmeten Abchnitt der „französischen Zustände“, „daß der Zauber seiner Rede mehr in seiner persönlichen Erscheinung als in seinen Worten. Besonders wenn er leise sprach, ward man durchschauert von dem wunderbaren Laut seiner Stimme; man hörte die Schlangen zischen, die heimlich unter den orator-

ischen Blumen krochen. Kam er in Leidenschaft, war er unwiderstehlich.“

In seinem wilden, durch alle Höhen und Tiefen führenden Leben ist Mirabeau auch in die Wüstenkreise hineingezogen worden. Im Jahre 1785 begann er einen Kampf gegen die Börsenspekulation, die damals wie heute die weitesten Kreise ergriffen hatte und das bedrohte Finanzwesen immer mehr erschütterte. Die unerföhllichen Anleihen des Staates, die zur Deckung des ungeheuren Defizits aufgenommen wurden, fanden beim Publikum keine Aufnahme mehr, dagegen strömten die Kapitalien in reichem Maße einigen Privatunternehmungen zu, die hohe Zinsen zahlten. So kam es denn in gewissen Papieren zu einer unnatürlichen Gangebewegung. Mirabeau richtete nun gegen die wichtigsten Gesellschaften, deren Papiere so in die Höhe getrieben waren, stammende Streitschriften, und es gelang ihm, das Vertrauen auf diese Aktien so zu erschüttern, daß sie plötzlich sanken. Die Aktien der Bank von St. Charles stiegen z. B. in acht Tagen von 500 auf 400 Frs., und ebenso groß war der Kurssturz der Pariser Wasserwerke. Hier sammelte der geniale Mann die Erfahrungen, die er dann als Abgeordneter zur Bewandung der französischen Finanzen vertrat. So hat er in seiner berühmten Schrift „Denunciation der Agiotage“ das verwerrende Unwesen des Börsenpiels gegeißelt und die „stürzende Vehr“ des Papiergeldes als das größte Unglück bezeichnet. Mirabeau war ein erbitterter Gegner der Anleihepolitik des Finanzministers Necker. Dieser mußte schließlich, als er sich nicht mehr anders zu helfen wußte, eine Art Reichsnotopfer fordern, nämlich eine einmalige allgemeine Einkommensteuer von 25 Prozent von den Jahreseinkünften aller Franzosen, die ein Einkommen bis zu einer gewissen Höhe besaßen. Das war ein schwerer Schlag gegen die Privilegien der herrschenden Stände und zugleich eine Bankrotterklärung der bisherigen Politik Neckers. Mirabeau aber setzte die Annahme dieser Maßnahme durch, indem er in drei Reden am 20. September 1789 die Schrecken des nahenden Staatsbankrottes mit glühenden Farben malte. „Es war“, sagt ein Zeitgenosse, „als ob ein vierfüßlender Wurm sich vor den Augen öffnete und als ob man die Bekehrte der hinuntergezogenen Opfer hörte.“ Als dann die Regierung zu

dem unheilvollen Assignatenwesen griff, daß zu einem finanziellen Zusammenbruch ohne Gleichen führte, mißbilligte Mirabeau mit schlagenden Gründen diese Maßnahme. Ob er frei-lich, wenn ihn nicht so plötzlich der Tod ereilt hätte und damit die Revolution besiegelt worden wäre, das Chaos der damaligen Geldwirtschaft noch hätte ordnen können, ist fraglich. In seinen letzten Reden hatte er sich mit dem Assignatenwesen abgefunden, obwohl er das Börsenspiel u. Papiergeld so lange aufs eifrigste bekämpft hatte.

### Kunst und Wissenschaft.

Die Wiedereröffnung der Londoner Wallace-Sammlung. Sieben Jahre lang ist die berühmte Wallace-Collection in Oxford House, die einzigartige Gemäldesammlung, die Sir Richard Wallace zusammengebracht und dem englischen Staat schenkte, dem Publikum nicht zugänglich gewesen. Die Werke der Malerei, die einen Gesamtwert von mindestens 100 Millionen Goldmark darstellen, waren zusammen mit den herrlichen Möbeln und anderen Kunstgegenständen, die ihre Wirkung so prächtig haben, in die Magazine verbannt. Jetzt war es die Furcht vor den Suffragetten, dann die vor den deutschen Luftangriffen, die die Schließung des Museums veranlaßten. Während des Krieges bewohnten zuerst die Admiralkität und dann das Munitionsmuseum das historische Gebäude, in dem die Sammlung untergebracht war. Nunmehr ist ein Teil der Säle dem öffentlichen Besuch wieder freigegeben worden. Durch neue Wandbespannungen und bessere Dämmen der Wände tritt die Echtheit der Werke noch mehr hervor, und man kann sich wieder erlauben an den herrlichen Gemälden von Velasquez und Frans Hals, von Van Dyk und Gainsborough, von Greuze, Boucher, Fragonard und Delacroix. Nur einige Säle sind noch nicht neu eingerichtet, so daß der besondere Stolz der Wallace-Collection, ihre Rembrandts, nicht sichtbar ist.

Der bekannte Charakterdarsteller des Dresdner Albert Theaters Franz Stein hat, angeblich wegen Differenzen mit der künstlerischen Leitung, um seine Entlassung gebeten.